

## **Beschluss des Landrats vom 26.09.2024**

Nr. 749

### **28. Palliative Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care** 2024/308; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

**Markus Brunner** (SVP) dankt Simone Abt im Namen der SVP-Fraktion für die Einreichung dieses Postulats. Zu Erinnerung: Es handelt sich hierbei um integrale Aspekte der Behandlung, Betreuung und Begleitung von chronisch kranken Personen, bei denen die Heilung nicht mehr im Vordergrund steht. Die SVP-Fraktion wird die Überweisung des Postulats nicht unterstützen. Für diese Haltung gibt es sowohl inhaltliche als auch prozessuale Gründe.

Inhaltlich bereiten vor allem die Punkte drei und vier Mühe. Unter Punkt drei wird das Narrativ gestreut, dass Personen aus dem Ausland keinen hinreichenden Zugang zum Gesundheitswesen hätten, so auch zur Palliative Care. Diese Behauptung entbehrt jeglicher Datengrundlage und schränkt das wichtige Thema der Sensibilisierung auf eine zu eng definierte Personengruppe ein. Noch viel mehr Mühe bereitet Punkt vier. Da kommt klar zum Ausdruck, was die SP unter Integration versteht. Nämlich nicht, dass Leute, die in unser Land kommen, sich aktiv mit der Funktionsweise des Gesundheitswesens auseinandersetzen. Nein, Integration bedeutet für die SP, dass sich Fachgesellschaften und Berufsverbände in transkultureller Kompetenz in der Palliative Care weiterbilden und am besten ein Studium in Ethnologie absolvieren.

Schliesslich kommt auch ein prozessualer Grund zum Tragen. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass die im Postulat gestellten Fragen in Form einer Interpellation beantwortet werden könnten.

**Simone Abt** (SP) meint, es sehe danach aus, dass die SP-Fraktion Geld in die Hand nehmen möchte, um die Lebensbedingungen der Migrationspopulation zu verbessern. Die SP macht aber nicht nur das. Es geht auch darum, dass die eigenen Strukturen entlastet und dadurch besser genutzt werden können. Wie wichtig Palliative Care ist, wurde mehrmals dargelegt. Weshalb Migration? Kenntnisse über Palliative Care sind sogar in der Nicht-Migrationsbevölkerung nicht so verbreitet, wie es Simone Abt beispielsweise gerne hätte. Es ist immer noch ein relativ schwieriges Prozedere, sich bei einer Person dafür zu entscheiden, dass die Palliativbehandlung angegangen wird. Es braucht viele Gespräche und viel Know-How. Genau daran liegt es. Wenn wir uns schon informieren müssen, müssen sich Menschen, die nicht aus diesem Kulturkreis stammen, noch sehr viel mehr informieren. Bei sehr vielen Menschen spielt der Reflex, den Spitalnotdienst in Anspruch zu nehmen, wenn es einem nicht gut geht. Geht es einer Person im Pflegeheim schlecht und gelangt die Pflege an den Anschlag, steht eine Überweisung in den Notfall eines Spitals an. Möchte man das nicht, besteht die Möglichkeit, Palliative Care anzuwenden. Von dieser Möglichkeit muss man allerdings Kenntnis haben. Im Normalfall landet eine Person im Notfall und die Notfallabteilungen funktionieren nur dann gut, wenn man sie so weit entlasten kann, dass wirklich nur Notfallpatientinnen und Patienten dort hingelangen. Es wird weiterhin genügend Fälle geben, für die es lange Wartefristen gibt. Es ist sicher gut, wenn möglichst viele Personen darüber informiert werden, dass es andere Möglichkeiten gibt und dass man nicht immer auf den Notfall und kurative Pflege zurückgreifen muss. Diese Informationen müssen gestreut werden. Für Migrantinnen und Migranten ist es sicherlich schwieriger, an die Informationen zu kommen. Es wird um Unterstützung für den Vorstoss gebeten.

**Sven Inäbnit** (FDP) sagt, die FDP-Fraktion verfüge durchaus über eine Affinität zum Thema Palliative Care. Sie weiss, weshalb diese wichtig ist und in Zukunft noch an Wichtigkeit gewinnen wird. Dennoch tut sich die Fraktion mit diesem Postulat etwas schwer. Es ist sehr fokussiert auf die Personen mit Migrationshintergrund. Der erste Punkt gefällt der FDP-Fraktion zum Beispiel viel besser: «ob Palliative Care für alle Personen im Kanton Basel-Landschaft unabhängig von [...] zugänglich ist». Da sind auch Personen mit einem Migrationshintergrund gemeint. Markus Brunner hat aber schon recht. Es geht plötzlich um Bildung von transkultureller Kompetenz in der Palliative Care. Es gibt aber wichtigere Punkte, nämlich die Zugänglichkeit für alle und letztendlich auch die Stärkung des Palliative Care Angebots. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion wurde offengelassen. Persönlich wird Sven Inäbnit das Postulat überweisen. Es handelt sich um ein Postulat und man kann sich anschauen, was der Regierungsrat berichtet. Palliative Care muss für alle Personen in den Vordergrund gestellt werden und nicht nur für einzelne Personengruppen. Es braucht eine ganzheitliche Betrachtung.

**Karl-Heinz Zeller** (Grüne) verweist auf die Bereitschaft des Regierungsrats, das Postulat entgegenzunehmen. Simone Abt hat gut ausgeführt, dass Palliative Care wichtig ist. Hierbei handelt es sich nicht um ein Handlungspostulat. Es geht um prüfen und berichten. Die angesprochene Alternative der Interpellation hat den Nachteil, dass nur drei Monate für die Beantwortung zur Verfügung stehen. Die Fraktion Grüne/EVP wird das Postulat überweisen.

**Patricia Doka-Bräutigam** (Die Mitte) erinnert, dass in den vergangenen Monaten bereits oft über diese Thematik diskutiert worden sei. Immer wieder wurde betont, wie bedeutend das Thema für die Gesellschaft, aber auch für das extrem belastete Gesundheitswesen, ist. Auch die Mitte-Fraktion ist sich dieser Tatsache bewusst. Weiter ist auch unbestritten, dass alle Personen Kenntnis und Zugang zu Palliative Care haben sollen, unabhängig von ihrem Hintergrund. Dass alle über die entsprechenden Angebote informiert sind, ist sicher eine Herausforderung. Darum erachtet es die Mitte-Fraktion als sinnvoll, dass der Regierungsrat das Anliegen prüft und dem Landrat aufzeigt, wie die Situation aussieht und ob und gegebenenfalls wo Massnahmen getroffen werden können, um die Situation für alle zu verbessern. Die Mitte-Fraktion unterstützt deshalb die Überweisung des Postulats.

**Tim Hagmann** (GLP) führt aus, der Abbau von Hürden beim Zugang zu Palliative Care diene nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der Kostenersparnis. Durch eine gut zugängliche Palliativversorgung können teure und oft unnötige Behandlungen am Lebensende vermieden werden, indem auf die individuellen Bedürfnisse der Patientinnen eingegangen wird. Das führt zu einer besseren Lebensqualität der Betroffenen und gleichzeitig zur effizienteren Nutzung von doch sehr begrenzten Gesundheitsressourcen. Es ist tatsächlich so, dass es wahrscheinlich Bevölkerungsgruppen gibt, die wegen ihres kulturellen Hintergrunds schwieriger zu erreichen sind. Im Sinne von prüfen und berichten wird die GLP-Fraktion das Postulat unterstützen. Ebenfalls wird die Haltung der FDP-Fraktion geteilt, dass eine zu starke Einschränkung auf eine spezielle Personengruppen nicht angezeigt wäre. Aber die Fraktion sieht die Herausforderungen, die gewisse Personengruppen vielleicht haben und im Sinn von prüfen und berichten können mögliche Massnahmen aufgezeigt werden.

://: Mit 50:22 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

---